

Vorlage

Federführende Dienststelle:

FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und

Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n: Vorlage-Nr: FB 01/0257/WP18

Status: öffentlich

Datum: 08.08.2022

Verfasser/in:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 08.06.2022 (öffentlicher Teil)

Ziele:

Beratungsfolge:

DatumGremiumZuständigkeit24.08.2022Rat der Stadt AachenEntscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 08.06.2022 (öffentlicher Teil).

Sibylle Keupen

Oberbürgermeisterin

Anlage/n:

Niederschrift Rat der Stadt vom 08.06.2022 (öffentlicher Teil)



Niederschrift Sitzung des Rates der Stadt Aachen

5. August 2022

Sitzungstermin: Mittwoch, 08.06.2022

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:11 Uhr

Ort, Raum: Geschwister-Scholl-Gymnasium Aula, Stolberger Straße 200, 52068

Aachen

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Bürgermeister Norbert Plum

Bürgermeisterin Hilde Scheidt

Ratsherr Matthias Achilles

Ratsherr Harald Baal

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Silke Bergs

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Franca Braun

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

Ratsfrau Andrea Derichs

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsherr Mathias Dopatka

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsherr Wilfried Fischer

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 1/22

Ratsfrau Annika Fohn Ratsfrau Ulla Griepentrog Ratsherr Daniel Hecker Ratsherr Wilhelm Helg Ratsherr Johannes Hucke Ratsherr Klaus-Dieter Jacoby Ratsfrau Maria Keller Ratsherr Holger Kiemes Ratsfrau Nathalie Koentges Ratsherr Boris Linden Ratsherr Tobias Molitor Ratsfrau Sigrid Moselage Ratsherr Kaj Neumann Ratsherr Wolfgang Palm Ratsfrau Daniela Parting Ratsherr Hermann Josef Pilgram Ratsfrau Hildegard Pitz Ratsfrau Ye-One Rhie Ratsherr Carsten Schaadt Ratsherr Rolf Schäfer Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer ab17:25 Uhr Ratsfrau Karin Schmitt-Promny Ratsherr Jöran Stettner Ratsherr Tobias Benedikt Tillmann Ratsherr Peter Tillmanns Ratsfrau Astrid Vogelheim Ratsfrau Monika Annette Wenzel Ratsfrau Dr. Heike Wolf Ratsherr Tjark Zimmer Ratsherr Marc Beus Abwesende: entschuldigt Bürgermeister Holger Brantin Ratsherr Christoph Allemand entschuldigt Ratsherr Peter Blum entschuldigt

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

entschuldigt

Ratsfrau Pola Heider

Seite: 2/22

Ratsherr Lars Lübben entschuldigt
Ratsfrau Iris Lürken entschuldigt
Ratsherr Markus Mohr entschuldigt
Ratsherr Henning Nießen entschuldigt
Ratsherr Michael Servos entschuldigt
Ratsherr Jakob von Thenen entschuldigt

Stimmzähler*innen:

Ratsherr Matthias Achilles
Ratsherr Holger Kiemes

von der Verwaltung:

Frau Grehling Stadtdirektorin, Dez. II
Frau Burgdorff Beigeordnete, Dez. III
Frau Schwier Beigeordnete, Dez. IV
Herr Dr. Kremer Beigeordneter, Dez. V
Herr Prof. Dr. Sicking Beigeordneter, Dez. VI
Herr Thomas Beigeordneter, Dez VII

Frau Dr. Bacher Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing

Herr Berg Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung

Herr Bergstein Fachbereich Sicherheit und Ordnung Frau Dr. Bollwerk Fachbereich Recht und Versicherung

Herr Emmerich Fachbereich Rechnungsprüfung
Herr Hermanns Fachbereich Steuern und Kasse
Herr Kind Fachbereich Finanzsteuerung
Herr Schartmann Fachbereich Finanzsteuerung

Herr Tönnes Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration

Frau Wulf Eurogress

Herr Auler CDU-Fraktion
Frau Becker GRÜNE-Fraktion
Herr Ehanantharajah Fraktion DIE Zukunft

Frau Opitz FDP-Fraktion

als Gast:

Herr Kohl Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Schriftführung:

Frau Milussi Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 3/22

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 16.02.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0245/WP18

4 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für das Jahr 2022

Vorlage: FB 32/0015/WP18

Altstadtquartier Büchel – Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen und Beschluss der 1. Änderungssatzung für das Teilgebiet "Altstadtquartier Büchel" im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet "Innenstadt" der Stadt Aachen

Vorlage: Dez III/0009/WP18

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1006 - Burtscheider Straße / Kasinostraße - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte zwischen Bahntrasse und Burtscheider Straße

hier: Satzungsbeschluss gem. §10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: FB 61/0407/WP18-1

7 Bebauungsplan Nr. 975 - Höfchensweg / Ronheider Winkel - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte zwischen Höfchensweg, Grundschule Höfchensweg und Ronheider Winkel

hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: FB 61/0420/WP18

8	Stellenplan 2022:
8.1	Stelleneinrichtungen im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen (FB 45) Vorlage: FB 11/0082/WP18
8.2	Stelleneinrichtungen im Bereich der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich in städtischer Trägerschaft (FB 45) Vorlage: FB 11/0083/WP18
9	Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen Grundschule Düppelstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule zum Schuljahr 2022/2023 Vorlage: FB 45/0232/WP18
10	Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen Grundschule Michaelsbergstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule zum Schuljahr 2022/2023 Vorlage: FB 45/0233/WP18
11	Aufhebung eines Wirtschaftsweges im Bereich Aachen-Kornelimünster, Breiniger Straße Vorlage: FB 62/0015/WP18
12	Bericht über die Jahresabschlussprüfung 2020 Vorlage: FB 14/0088/WP18
13	Beitritt des Kreises Euskirchen zum Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) Vorlage: FB 20/0105/WP18
14	Anfragen:
14.1	Ratsanfragen Vorlage: FB 01/0242/WP18

14.2	Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen Vorlage: FB 01/0243/WP18
15	Ratsanträge Vorlage: FB 01/0244/WP18
16	Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien:
16.1	Umbesetzungsantrag des Integrationsrats für den Kinder-und Jugendausschuss Vorlage: FB 56/0188/WP18
16.2	Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung – Wahl sachkundiger Einwohner*innen Vorlage: FB 45/0248/WP18
16.3	Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 01.06.2022 Vorlage: FB 01/0247/WP18
17	Mitteilungen der Verwaltung
18	Preissteigerung von Baumaterialien: Einführung einer befristeten Preisgleitklausel Vorlage: Dez II/0012/WP18
Nichtöf	fentlicher Teil
1	Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:
2	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 16.02.2022 (nichtöffentlicher Teil): Vorlage: FB 01/0246/WP18

3	Bericht aus der Vertretung der Stadt in Unternehmen und Einrichtungen:
4	Bürgschaftsangelegenheiten:
4.1	Bürgschaftsangelegenheiten: Aachener Stadion Beteiligungs GmbH Vorlage: FB 20/0104/WP18
5	Preissteigerung von Baumaterialien: Einführung einer befristeten Preisgleitklausel
6	Organisationsstruktur: Einrichtung einer weiteren Betriebsleitung Vorlage: E 88/0043/WP18
7	STAWAG Energie GmbH: Beteiligung der STAWAG über die STAWAG Energie GmbH und die ELWEA GmbH an der WEA Dorsten Betreibergesellschaft mbH & Co. KG Vorlage: FB 20/0106/WP18
8	Grundstücksangelegenheiten:
8.1	Anmietung von Wohnraum zur Unterbringung geflüchteter Menschen aus der Ukraine: Vorlage: FB 56/0190/WP18
9	Personalangelegenheiten:
9.1	Bestellung der Leitung des Fachbereiches Standesamt (FB 34): Frau Städt. Amtsrätin Kläre Grevenstein Vorlage: FB 11/0086/WP18
9.2	Verlängerung des Hinausschiebens des Ruhestands über die Altersgrenze hinaus: Städt Ltd. Branddirektor Jürgen Wolff, Leiter des Fachbereichs Feuerwehr und Rettungsdienst (FB 37) Vorlage: FB 11/0090/WP18

10 Mitteilungen der Verwaltung:

11 Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 25.05.2022:
Überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 28.000,00 € zur Durchführung der
Baumaßnahme "Erneuerung von Zuschauerbarrieren auf dem Sportplatz Halfenstraße"
Vorlage: FB 52/0075/WP18

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Oberbürgermeisterin heißt alle Anwesenden herzlich willkommen und hält fest, dass die Ratsfrauen Heider, Lürken und die Ratsherren Blum, Lübben, Nießen, Mohr, Brantin, Servos, von Thenen und Allemand entschuldigt seien. Ratsfrau Schmitt-Promny werde sich etwas verspäten. Die Ratsherren Achilles und Kiemes seien als Stimmzähler bestimmt.

Bezüglich der Tagesordnung teilt sie mit, dass TOP 3 entfalle und TOP 5 aus dem nichtöffentlichen Teil im öffentlichen Teil besprochen werde.

Ratsherr Helg (FDP) beantragt, ohne jede parteipolitische Inanspruchnahme, dass vor Eintritt in die inhaltliche Tagesordnung eine Gedenkminute für die Opfer des Ukraine-Krieges eingelegt werde.

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich und stimmt zu, es erfolgt eine Gedenkminute.

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich und teilt mit, dass im gestrigen Bürger*innentreff von den Vertreter*innen des blau-gelben Kreuzes die Anregung geäußert wurde, eine Patenschaft mit einer Stadt in der Ukraine als Zeichen der Solidarität aufzunehmen. Sie habe Offenheit hierzu signalisiert und äußert, dass es ein guter Hinweis zur stärkeren Unterstützung der Ukraine sei.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner; auf die Abhaltung der Fragestunde wurde ordnungsgemäß durch Veröffentlichung der Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt hingewiesen.

Frau H. richtet an Ratsherrn Hecker (CDU) die Frage, ob die Möglichkeit bestehe, die Fahrbahndecke auf der Salierallee Richtung Eupener Straße bzw. St.-Vither-Straße in absehbarer Zeit ausbessern zu lassen, da diese von Schlaglöchern übersät sei. Zusätzlich möchte sie wissen, wann die bereits seit 3 Jahren andauernde Baumaßnahme beendet werde.

Ratsherr Hecker (CDU) bedankt sich bei Frau H. und erläutert, dass umfangreiche Änderungsmaßnahmen im Bereich der Salierallee anstehen und im Zuge dessen die Fahrbahn sicherlich auch ausgebessert werde. Die Stadtverwaltung werde ihr die Frage genauer beantworten. Bezüglich der Frage nach der Beendigung der Baumaßnahme teilt er mit, dass, laut des Baustelleninformationssystems der Stadt Aachen, diese am 30.06.2022 fertiggestellt werde.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt vom 16.02.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0245/WP18

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

zu 4 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für das Jahr 2022

Vorlage: FB 32/0015/WP18

Die Oberbürgermeisterin weist auf die unterschiedlichen Empfehlungsbeschlüsse der Bezirksvertretungen hin.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verwaltung und nach Beratung und Empfehlung der Bezirksvertretungen und des Hauptausschusses beschließt der Rat der Stadt Aachen mit 27 JA-Stimmen, 15 NEIN-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich den beiliegenden Entwurf der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen für das Jahr 2022 als Ordnungsbehördliche Verordnung.

zu 5 Altstadtquartier Büchel – Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen und Beschluss der 1. Änderungssatzung für das Teilgebiet "Altstadtquartier Büchel" im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet "Innenstadt" der Stadt Aachen

Vorlage: Dez III/0009/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen nimmt einstimmig den Abschlussbericht der vorbereitenden Untersuchungen zur Kenntnis.

Er beschließt einstimmig die 1. Änderungssatzung für das Teilgebiet "Altstadtquartier Büchel" im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet "Innenstadt" der Stadt Aachen.

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 9/22

zu 6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1006 - Burtscheider Straße / Kasinostraße - für

den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte zwischen Bahntrasse und Burtscheider

Straße

hier: Satzungsbeschluss gem. §10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: FB 61/0407/WP18-1

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt einstimmig den Bericht der Verwaltung zum vorhabenbezogenen

Bebauungsplan Nr. 1006 sowie den Durchführungsvertrag zustimmend zur Kenntnis.

Er beschließt einstimmig, nach Abwägung der privaten und der öffentlichen Belange, die zu sämtlichen

Verfahrensschritten vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden, die nicht

berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Der Rat der Stadt beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 1006 - Burtscheider

Straße/Kasinostraße - für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte zwischen Bahntrasse und

Burtscheider Straße gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.

zu 7 Bebauungsplan Nr. 975 - Höfchensweg / Ronheider Winkel - für den Planbereich im

Stadtbezirk Aachen-Mitte zwischen Höfchensweg, Grundschule Höfchensweg und

Ronheider Winkel

hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: FB 61/0420/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt einstimmig den Bericht der Verwaltung zum Bebauungsplan Nr. 975 zur

Kenntnis.

Er beschließt einstimmig, nach Abwägung der privaten und der öffentlichen Belange, die zu sämtlichen

Verfahrensschritten vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden, die nicht

berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig den Bebauungsplan Nr. 975 - Höfchensweg/Ronheider Winkel -

für den Planbereich im Stadtbezirk Aachen-Mitte zwischen Höfchensweg, Grundschule Höfchensweg und

Ronheider Winkel gem. §10 Abs. 1 BauGB als Satzung und die Begründung hierzu.

Ausdruck vom: 08.08.2022 Rat/20/WP18

Seite: 10/22

zu 8 Stellenplan 2022:

Stelleneinrichtungen im Bereich der städtischen Kindertageseinrichtungen (FB 45) zu 8.1

Vorlage: FB 11/0082/WP18

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) möchte darauf hinweisen, dass die Schaffung und Besetzung dieser

Stellen dringend notwendig sei. Der Fachkräftemangel sei enorm, daher sollte auch dringend über eine

Stellenkampagne nachgedacht werden.

Die Oberbürgermeisterin bedankt und äußert, dass sie es für sinnvoll halte, zusätzlich eine Kampagne im

Sinne der Wertschätzung der Arbeit der Erziehenden umzusetzen. Dies habe bei Rettungs- und

Ordnungskräften sowie Feuerwehr und Polizei gut funktioniert.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und Empfehlung des Personal- und Verwaltungsausschusses

beschließt der Rat der Stadt Aachen einstimmig, auf Grundlage der jährlich fortgeschriebenen

Kindertagesstättenbedarfsplanung (KBPL), die Veränderung des Stellenplans 2022 durch

Einrichtung von neun halben Stellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE), a.

b. Einrichtung von drei Vollzeitstellen für Ergänzungskräfte (auszuweisen nach EG S 3 TVöD-SuE),

Einrichtung von sieben halben Stellen für Ergänzungskräfte (auszuweisen nach EG S 3 TVöD-C.

SuE).

zu 8.2 Stelleneinrichtungen im Bereich der Offenen Ganztagsschulen im Primarbereich in

städtischer Trägerschaft (FB 45)

Vorlage: FB 11/0083/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und Empfehlung des Personal- und Verwaltungsausschusses

beschließt der Rat der Stadt Aachen einstimmig die Veränderung des Stellenplans 2022 durch

Einrichtung von fünf halben Stellen für Erzieher*innen (auszuweisen nach EG S 8a TVöD-SuE).

zu 9 Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen Grundschule Düppelstraße in eine

Gemeinschaftsgrundschule zum Schuljahr 2022/2023

Vorlage: FB 45/0232/WP18

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) verdeutlicht, dass die GRÜNE Fraktion das Verfahren der

Schulartänderung begrüße. Es sei erfreulich, dass die Änderung zumindest bei der Grundschule

Michaelsbergstraße geklappt habe. Sie hält es nicht mehr für zeitgemäß, dass die Schulleitung an

katholischen Schulen nur von Katholiken übernommen werden dürfe. Außerdem sei das durch die

Landesregierung vorgeschriebene Verfahren kompliziert und bedauernswert. Sie hofft, dass die Schule

das Verfahren im nächsten Jahr nochmal aufnehme und durch die Verwaltung unterstützt werde.

Ausdruck vom: 08.08.2022 Rat/20/WP18

Seite: 11/22

Die Oberbürgermeisterin hält fest, dass die Verwaltung gerne bereit sei, das nächste Verfahren zu

begleiten, um am Ende auch eine klare Entscheidung zu erzielen.

Beigeordnete Schwier erläutert, dass man bei einer Wahlbeteiligung von 68 % nicht mit 60 ungültigen

Stimmen gerechnet habe. Man stehe jedoch mit der Schule in regem Austausch. Für die Eltern sei zur

Erläuterung ein Begleittext zur Gestaltung des Auswahlverfahrens erfasst worden. Im nächsten Jahr

werde man den Text in leichter Sprache verfassen, da es gerade bei Unterlagen von Ämtern zu

sprachlichen Barrieren komme. Das Landesgesetz schreibe vor, dass die Wahl in einem

Verwaltungsgebäude stattfinden müsse, zurzeit werde jedoch geprüft, ob die nächste Wahl in der

nebenliegenden Kita stattfinden könne, um eine höhere Teilnahme und weniger ungültige Stimmen zu

erzielen.

Ratsfrau Keller (SPD) bestätigt, dass die SPD-Fraktion ebenfalls großen Nachholbedarf sehe. Der Rat

der Stadt solle in Erwägung ziehen, zwecks Gesetzesänderung an Land und Bund heranzutreten.

Außerdem sei die leichte Sprache ein wichtiger Faktor, da viele Eltern das Wahlprinzip und die

Begrifflichkeiten nicht verstanden haben. Sie bedankt sich bei der Beigeordneten Schwier und sichert die

Unterstützung der Politik zu.

Beigeordnete Schwier erläutert, dass mit der leichten Sprache Erklärungen vorgenommen werden

können, die Wahlunterlagen aber natürlich juristisch korrekt zu gestalten sind. Zu beachten sei auch,

dass die Eltern, aufgrund möglicher Manipulationsvorwürfe, nicht zu stark unterstützt werden dürfen.

Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass man die Thematik im neuen Schulministerium platzieren werde.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Aachen nimmt die Ausführung der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 10 Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen Grundschule Michaelsbergstraße in

eine Gemeinschaftsgrundschule zum Schuljahr 2022/2023

Vorlage: FB 45/0233/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig die Änderung der Schulart der Städtischen Katholischen

Grundschule Michaelsbergstraße in eine Gemeinschaftsgrundschule gemäß dem Elternwunsch zum

Schuljahr 2022/2023 vorbehaltlich der Empfehlung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Aufhebung eines Wirtschaftsweges im Bereich Aachen-Kornelimünster, Breiniger Straße zu 11

Vorlage: FB 62/0015/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 12/22

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verwaltung sowie auf Empfehlung des Mobilitätsausschusses und der

Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim beschließt der Rat der Stadt Aachen einstimmig die

Satzung zur Aufhebung des Wirtschaftsweges im Bereich Aachen-Kornelimünster, Breiniger Straße. Die

Satzung ist Bestandteil des Beschlusses und der Originalniederschrift beigefügt.

Bericht über die Jahresabschlussprüfung 2020

Vorlage: FB 14/0088/WP18

Ratsherr Achilles (DIE Zukunft) erläutert, dass der Rechnungsprüfungsausschuss

Jahresabschlussprüfung, unter Mitwirkung des Rechnungsprüfungsamtes, zugestimmt habe und dem Rat

empfehle, das Jahresergebnis festzustellen, den Oberbürgermeister Marcel Philipp und die

Oberbürgermeisterin Keupen zu entlasten und den Gewinn oder den Überschuss wie vorgesehen

anzulegen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt nimmt einstimmig das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Aachen zum 31.12.2020 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis und schließt sich

dem Beschluss des Rechnungsprüfungsausschuss an.

2. Der Rat der Stadt stellt einstimmig den Jahresabschluss der Stadt Aachen gem. § 96 Abs. 1 GO

NRW mit einer Bilanzsumme von 3.123.478.365,17 € zum 31.12.2020 fest und beschließt das Ergebnis von 29.813.085,74 € in einer Höhe von 19.900.000,00 € der Allgemeinen Rücklage und

in Höhe der verbleibenden 9.913.085,74 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.

3. Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig, dem für das Jahr 2020 bis zum 31.10.2020 verantwortlichen ehemaligen Herrn Oberbürgermeister Marcel Philipp ebenso wie Frau

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen ab dem 01.11.2020 hinsichtlich des Jahresabschlusses zum

31.12.2020 gem. § 96 Abs.1 GO NRW Entlastung zu erteilen.

4. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig, aufgrund des deutlich positiven Jahresergebnisses 2020 die Bildung einer Sonderrücklage in Höhe von 19.900.000 Euro gem. § 44 Abs. 4 S. 2 KomHVO

NRW zur Sicherung der folgenden Investitionen:

3 Mio. Euro: Eigenkapitalaufstockung der SEGA in 2021 unter PSP-Element 5-012001-900-

01000-050-1

16,9 Mio. Euro: Energetische Sanierung städtischer Wohngebäude im Rahmen des IKSK im mittelfristigen Planungszeitraum von 2022 bis 2025 eingeplant unter:

5-011303-900-02400-302-2 Energetische Sanierung städt. Gebäude (IKSK); 15.893.000

Euro

5-011303-100-00100-300-2 Ausbau Hochstraße 19; 99.000 Euro

5-011303-000-00100-300-5 Kernsanierung Komphausbadstraße; 908.000 Euro

zu 13 Beitritt des Kreises Euskirchen zum Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)

Vorlage: FB 20/0105/WP18

Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass ein geänderter Beschlussvorschlag vorliege. Außerdem müsse

noch eine steuerliche Prüfung erfolgen. Herr Kohl werde nun die Thematik kurz erläutern.

Herr Kohl erläutert, dass der Kreis Euskirchen seit längerem Interesse am ZEW-Beitritt geäußert habe.

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 13/22

Die Gespräche seien im vergangenen Jahr konkreter geworden, die daraus resultierende Satzungsänderung und Einstandsvereinbarung liegen dem Rat vor. Für den Kreis Euskirchen sei im ersten Schritt die Übertragung der Aufgabe der Sperr- und Hausmüllentsorgung interessant. Aus Sicht des ZEW wird dadurch eine gesichertere Auslastung des MVA - Kontingents erreicht und ein weiterer Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft getan. Man wolle nämlich mehr Abfälle recyceln und nicht mehr der thermischen Verwertung zuführen. Es seien Abfälle, die der MVA entzogen werden, daher sei es vorteilhaft, ein größeres Einzugsgebiet und größere Mengen zu haben, die MVA werde dadurch noch relativ gut ausgelastet.

Der Kreis Euskirchen habe am 06.04.2022 den Beitritt beschlossen. Der Kreistag habe allerdings nur unter Vorbehalt zugestimmt, da der Steuerberater und der Wirtschaftsprüfer der Ansicht waren, dass eventuell Umsatzsteuer auf die Gebühren, die der ZEW erhebt, nochmal zu entrichten seien. Es habe längere Diskussionen gegeben, die am Ende zwar zur Überzeugung des Steuerberaters geführt haben, eine gewisse Verunsicherung jedoch entstanden sei, sodass der Kreis Euskirchen bzw. die Kreisverwaltung auf eine verbindliche Auskunft vom Finanzamt bestanden habe. Dies könnte zu Verzögerungen führen, eine Übernahme zum 01.01.2023 könne evtl. nicht erfolgen, was jedoch unproblematisch sei, da derzeit die Abfälle in das EGN-Kontingent geliefert werden.

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich für die inhaltliche Ausführung und erläutert, dass das Prinzip der Kreislaufwirtschaft umso besser sei, da es den Zielen in der Nachhaltigkeit entspreche.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Kreises Euskirchen zum ZEW auf Grundlage der im Entwurf als Anlagen 1 und 2 vorgelegten Einstandsvereinbarung und geänderten Verbandssatzung zu.

Der Rat der Stadt stimmt notwendigen nachträglichen Änderungen an Verbandssatzung und Einstandsvereinbarung, die z.B. von der Bezirksregierung noch gewünscht werden und die die wesentlichen Inhalte und Regelungen nicht in Frage stellen, zu.

zu 14 Anfragen:

zu Ratsanfragen

14.1 Vorlage: FB 01/0242/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist auf 2 neue Ratsanfragen, die fristgerecht eingereicht und versandt wurden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt einstimmig die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen zur Kenntnis.

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 14/22

zu Stellungnahmen der Verwaltung zu Ratsanfragen

14.2 Vorlage: FB 01/0243/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist auf zwei Stellungnahmen, die mit den Unterlagen versandt wurden und

auf drei Stellungnahmen, die auf den Tischen ausgelegt wurden.

Zu der Stellungnahme zu der Ratsanfrage von Ratsherrn Dopatka zum Thema medizinische FFP2-

Masken und Schnelltests gebe es eine Ergänzung. Punkt 5.2 müsse gestrichen werden, da natürlich

wiederverwendbare Schnelltests nicht existieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen zu verschiedenen

Ratsanfragen einstimmig zur Kenntnis.

Ratsanträge zu 15

Vorlage: FB 01/0244/WP18

Die Oberbürgermeisterin verweist auf 5 neue Ratsanträge, die fristgerecht eingereicht und versandt

wurden

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt einstimmig die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist

sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung,

Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Umbesetzung in Ausschüssen und anderen Gremien: zu 16

zu Umbesetzungsantrag des Integrationsrats für den Kinder-und Jugendausschuss

16.1

Vorlage: FB 56/0188/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aachen beschließt einstimmig die vom Integrationsrat in der Sitzung vom 06.04.2022

vorgeschlagene Umbesetzung im Kinder- und Jugendausschuss.

zu Besetzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung – Wahl sachkundiger

16.2 Einwohner*innen

Vorlage: FB 45/0248/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat nimmt einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und bestellt Frau Marlies

Breuer als stellvertretende sachkundige Einwohnerin in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Ausdruck vom: 08.08.2022 Rat/20/WP18

Seite: 15/22

zu Umbesetzungsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 01.06.2022

16.3 Vorlage: FB 01/0247/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt einstimmig die von der GRÜNE-Fraktion mit Schreiben vom 01.06.2022

beantragte Umbesetzung.

zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Die Oberbürgermeisterin teilt bzgl. der Situation der Geflüchteten aus der Ukraine mit, dass, Stand heute,

5.000 Personen aufgenommen wurden und Leistungen beziehen. Trotz der erreichten Routine bei den

Unterbringungen, sei es aufgrund des andauernden Krieges und durch den wechselnden Rechtskreislauf,

weiterhin eine große Herausforderung. Der Fachbereich habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt, die

Geflüchteten in den nächsten Monaten fristgerecht an das Jobcenter weiter zu geben, um dort auch das

Thema Krankenversicherung und Arbeitsaufnahme zu erleichtern.

Zur Corona-Krise erläutert sie, dass die Inzidenzwerte relativ hoch seien, die Situation im Allgemeinen

jedoch beherrschbar und überschaubar sei.

Zur Ukraine ergänzt sie, dass der Krisenstab, auf der Grundlage einer gewissen Normalität, Ende Mai

beendet wurde, man behalte sich bei einer Krisenverschärfung jedoch vor, dann akut wieder

zusammenzutreten.

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) bittet die Verwaltung um Ausarbeitung einer Möglichkeit, die langen

Warteschlangen vor dem Ausländeramt zu entspannen. Ihrer Meinung nach sei es kein gutes

Aushängeschild, wenn bereits am frühen Morgen so viele Menschen vor dem Amt auf einen Termin für

einen Termin warten. Je nach dem, wann sie dann die Chance auf einen Termin erhalten, laufe Ihre

Duldung ab.

Ratsherr Baal (CDU) bedankt sich bei Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) für die Initiative, das Thema hier

anzusprechen und teilt mit, dass die Botschaft, dass diese Menschen hier willkommen seien, durch die

Problematik im Ausländeramt auch nicht ankomme.

Die Oberbürgermeisterin teilt mit, dass in der vorgestrigen Verwaltungskonferenz der Städteregion

Aachen das Thema ebenfalls angesprochen wurde. Die Umstrukturierungsprozesse im Ausländeramt

seien in der Umsetzung. Es seien auch neue Personalstellen eingerichtet und besetzt worden, um das

Aufkommen der Fälle auch entsprechend besser abzuarbeiten. Sie bittet Herrn Toennes um

Berichterstattung der aktuellen Situation in der Hackländerstraße.

Herr Toennes erläutert, dass, nach Bekanntgabe des Rechtskreiswechsels, die Gespräche mit dem

Jobcenter gesucht und verschiedene Arbeitsgruppen-Treffen organisiert wurden. Es wurde überlegt, wie

der Fallübergang möglichst reibungslos erfolgen könne, ohne dass jeder einzelne Geflüchtete

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 16/22

selbstständig und eigeninitiativ beim Jobcenter einen Antrag stellen müsse. Dies sei nicht ganz einfach,

da das Jobcenter andere Mechanismen in der Antragserfassung habe. Die Fälle werden mit dem Ausländeramt abgestimmt, anschließend werden Listensätze mit dem Jobcenter ausgetauscht und dann

erfolge so schnell wie möglich die Erfassung. Dies funktioniere auch sehr gut, jedoch bestehen diverse

technische Schwierigkeiten, Lösungen hierzu seien bisher nicht vorhanden.

Er weist daraufhin, dass das Ausländeramt zum 27.06.2022 für drei Wochen mobile PIK-Stationen in den

Aachen-Arkaden einrichten werde. Im Idealfall werden in diesen drei Wochen viele Registrierungen

stattfinden, sodass zum 1. August wieder eine größere Gruppe an Menschen ins SGB II übergeben

werden könne.

Bürgermeisterin Scheidt (GRÜNE) möchte ergänzen, dass es in Aachen 2000 Menschen mit begrenztem

Aufenthalt gebe, es müsse darauf geachtet werden, dass die Duldung nicht ablaufe und dadurch die

Abschiebung folge. Es gehe um alle Geflüchteten, das Gleichgewicht müsse gehalten werden.

Die Oberbürgermeisterin verdeutlicht die Wichtigkeit, dass zwischen den Geflüchteten kein Unterschied

gemacht werde. Betrachte man die Zahl der 5.000 Menschen, die seit den 100 Tagen des Krieges hier

auch in den Leistungsbezug entsprechend aufgenommen und bearbeitet werden sollen, liege man bei 50

Menschen täglich. Dies sei eine enorme Herausforderung, alle Beteiligten seien auch sehr engagiert,

Lösungen zu finden. Sie bittet Herrn Toennes, einen herzlichen Dank an den Fachbereich für den Einsatz

und das Engagement zu richten.

zu 18 Preissteigerung von Baumaterialien: Einführung einer befristeten Preisgleitklausel

Vorlage: Dez II/0012/WP18

Wortmeldungen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss:

Der Rat nimmt einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt einstimmig,

aufgrund der erheblichen Materialpreissteigerungen, eine Anpassung der städtischen Vergabeverfahren

durch Einarbeitung von Stoffpreisgleitklauseln in zukünftige Verträge, zunächst befristet bis zum

30.09.2022.

Rat/20/WP18 Ausdruck vom: 08.08.2022

Seite: 17/22